



Finanzielle Allgemeinbildung bildet einen neuen Schwerpunkt im Lehrplan 21. Schülerinnen beim Lösen von Rechenaufgaben.

Primarschüler sollen Finanzwissen büffeln

Unterricht zu Geld und Wirtschaft bereits an der Volksschule

Jugendliche wissen schlecht Bescheid über Finanzthemen. Deshalb sollen Geld, Kredit und Aktien Schulstoff werden.

Katharina Bracher

Sie kennen den Unterschied zwischen Kreditkarte und EC-Karte nicht, können mit dem Begriff Lastschriftverfahren wenig anfangen und wissen nicht, was es genau bedeutet, Aktien von einem Unternehmen zu besitzen; Finanzthemen sind den meisten Schweizer Jugendlichen ein Rätsel. Das zeigt eine unveröffentlichte Studie der Zürcher Hochschule Winterthur (siehe Interview).

Mit dem Lehrplan 21, der frühestens 2014 an allen Deutschschweizer Volksschulen eingeführt wird, sollen solche Wissenslücken nun bereits im Primarschulalter geschlossen werden. Gemäss der kürzlich verabschiedeten Grobstruktur des Lehrplans 21 soll Finanzwissen zum eigenständigen Unterrichtsgebiet werden. «Die Themen Finanzen und Wirtschaft bilden einen neuen Schwerpunkt im Lehrplan 21», bestätigt Christoph Mylaeus, Geschäftsleiter der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz.

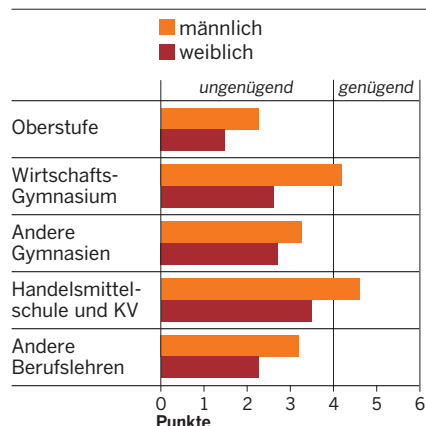
Lehrer sagen Unterstützung zu

Der Unterricht in Geldfragen soll schon auf Primarschulniveau beginnen. Etwa in Themenbereichen wie «Produktions- und Arbeitswelten» oder «Konsumieren und Lebensstil». Bereits Knirpse im Alter von sieben Jahren sollen erste Finanzkompetenzen vermittelt bekommen, sagt Mylaeus: «Dazu gehört etwa das Verständnis des Prinzips von Angebot und Nachfrage und des Geldflusses.»

Der Dachverband der Lehrer – sonst wenig angetan, wenn das bereits dicke

Unbekannte Finanzwelt

Wissen von Jugendlichen in Ausbildung zum Finanzplatz Schweiz



Quelle: Zürcher Hochschule Winterthur

Pflichtenheft der Lehrerschaft mit zusätzlichen Aufgaben befrachtet wird – begrüsst das Vorhaben. Beat Zemp, Präsident des Dachverbandes Schweizer Lehrer (LCH) ist die finanzielle Allgemeinbildung – in der Fachsprache der Pädagogen «Financial Literacy» genannt – schon länger ein Anliegen. «Schweizer müssen im Gegensatz zu anderen Staatsbürgern den grössten Teil der Altersvorsorge privat ersparen. Gutes Finanzwissen ist dafür elementar», sagt Zemp.

Bereits auf Primarschulstufe müsse darum der Umgang mit Geld vermittelt und an praxisnahen Aufgaben geübt werden. Wichtig sei, dass die Arbeit an der finanziellen Bildung nach den obligatorischen neun Schuljahren nicht automatisch zu Ende sei. «Ziel des Lehrplans 21 muss sein, dass Ende der Sekundarstufe II jeder Schüler in der Lage ist, Informationen über Finanzprodukte nachzuvollziehen und einfache

Risiko-Rendite-Abwägungen zu machen», findet Zemp.

In der Tat zeigt die Studie der Zürcher Hochschule Winterthur, dass Jugendliche an weiterführenden Schulen mangelhaft über Geldfragen Bescheid wissen, obwohl dort Finanz- und Wirtschaftsthemen im Lehrplan stehen. Über Konsumkredite, Aktien und Lastschriftverfahren konnten Jugendliche in der Berufslehre oder am Gymnasium nur ungenügend Auskunft geben. Unterdurchschnittlich ist auch das Wissen über den Finanzplatz Schweiz (siehe Grafik). Die Studienteilnehmer mussten dafür Aussagen wie «Banken sind nicht gewinnorientiert», «Die Kantonalbanken gehören der Schweizerischen Nationalbank» und «Der SMI ist ein Aktienindex» nach ihrer Richtigkeit einstufen. In den meisten Fragen haben die weiblichen Umfrageteilnehmer schlechter abgeschnitten als die männlichen.

Mehr Wissen – weniger Schulden

Besorgt äussern sich die Forscher der Zürcher Hochschule Winterthur auch über den Zusammenhang zwischen Verschuldungsgrad und finanzieller Allgemeinbildung. Jugendliche mit Schulden wissen häufig weniger Bescheid über Finanzthemen als solche ohne Schulden. «Jeder Dritte der 12- bis 18-Jährigen hat durchschnittlich 500 Franken Schulden, und ein Drittel aller Betriebenen ist zwischen 18 und 30 Jahre alt», sagt Roland Isler, Verbandspräsident der Betriebsbeamten im Kanton Zürich. Im Rahmen von Präventionskampagnen habe er Schulklassen an der Oberstufe besucht und festgestellt, dass es den Schülern an grundätzlichem Wissen über Geld fehlte. Isler habe einsehen müssen: «Wenn Bildung in Finanzthemen erst an der Oberstufe beginnt, ist es eigentlich schon zu spät.»

Finanzieller IQ

«Halbwissen fördert die Selbstüberschätzung»

NZZ am Sonntag: Ihre Untersuchung hat gezeigt, dass die meisten Jugendlichen ahnungslos sind, was Geldangelegenheiten angeht. Was schliessen Sie daraus?

Günter Hobein: Dass Bildung in Finanzthemen viel früher beginnen muss. Die Altersgrenze dafür sinkt aufgrund der technischen Entwicklung stetig. Bereits Grundschüler besitzen heute ein Handy und müssen sich über die Kostenfolgen im Klaren sein.

Wo sehen Sie den grössten Aufholbedarf?

Zur Grundbildung gehört die Abschätzung von Kosten und Risiken des Konsums. Jeder Einzelne muss früh in der Lage sein, richtig einzuschätzen, was das Leben kostet. Ausserdem ge-

Günter Hobein

Der Professor an der Zürcher Hochschule in Winterthur hat das Finanzwissen von Schweizer Jugendlichen untersucht.



hört es zur Allgemeinbildung, Anlagestrategien richtig einzuschätzen und den Zusammenhang zwischen Rendite und Risiko zu kennen.

Die Studienteilnehmerinnen hatten mehr Mühe, die Fragen richtig zu beantworten. Woran liegt das?

Wir vermuten, es hat mit dem Zahlen-Sprach-Gefälle zu tun. Mädchen

haben beim Lernen eher einen kommunikativen Fokus.

Dafür neigten männliche Umfrageteilnehmer dazu, ihr Finanzwissen zu überschätzen.

Das ist richtig. Das hat sich bei anderen Studien ebenfalls gezeigt. Wir haben etwa Finanzberater ihr Wissen einschätzen lassen. Frauen konnten ihren Wissensstand realistischer einschätzen. Eine weitere Erkenntnis war, dass Personen mit Halbwissen stärker zur Selbstüberschätzung neigen als Unwissende. Finanzielles Halbwissen fördert die Selbstüberschätzung. Gerade darum ist es wichtig, schon in der Volksschule mit der finanziellen Allgemeinbildung zu beginnen. Interview: Katharina Bracher

Bundesamt will touristische Tafeln demontieren

Der Bund möchte die Zahl der Tourismus-Schilder auf der Autobahn begrenzen. Die Fahrer sollen auf die Strasse achten, nicht auf Sehenswürdigkeiten.

Daniel Friedli

«Val-de-Travers – Wiege des Absinth», «Schwarzsee FUNtastisch» oder einfach nur «grüezi Zürich». Mehrere hundert solcher Schilder signalisieren entlang den Autobahnen dem Touristen, wo es sich lohnen würde, abzubiegen und sich umzusehen. Für das Bundesamt für Strassen (Astra) stellt indes häufig schon der Blick auf das entsprechende Schild eine Gefahr dar. Das Amt hat festgestellt, dass die Kantone 80 Prozent dieser Tafeln regelwidrig aufgestellt haben. Sie stehen auf der linken Fahrbahnseite, in Tunneln, neben ordentlichen Verkehrsschildern oder an anderen Orten, wo sie gemäss Astra die Autofahrer ablenken und damit die Verkehrssicherheit gefährden.

Diese Situation will der Bund nun mit neuen, verschärften Weisungen ändern. Deren Ziel besteht darin, die touristische Signalisation punkto Sicherheit und Erscheinungsbild zu verbessern und den Schilderwald «auf ein Minimum zu begrenzen», wie es im Bericht des Amtes heisst. Betroffen von den Vorschlägen sind zum einen die «Ankündigungstafeln», die vor Ausfahrten auf ein bestimmtes touristisches Ziel hinweisen. Von ihnen darf pro Ausfahrt in der Regel nur noch eine aufgestellt werden, was ihre Zahl auf landesweit 440 beschränkt. Zudem müssen die Tafeln am rechten Fahrbahnrand stehen, und zwar so, dass sie die ordentliche Signalisation nicht beeinträchtigen. Das beworbene Ziel schliesslich darf nicht weiter als 20 Kilometer von der Ausfahrt entfernt sein.



Hinweisschild in der Ostschweiz.

Der funtastische Schwarzsee im Kanton Freiburg zum Beispiel bliebe damit dem Autofahrer verborgen.

Zum ändern soll auch die Zahl der allgemeineren «Orientierungstafeln» reduziert werden, was in der Praxis meist auf Kosten der Höflichkeit geht. So darf der Autofahrer zwar etwa im «Baselbiet» noch willkommen geheissen werden. Die Tafel mit dem «Auf Wiedersehen» wäre indes nicht mehr erlaubt. Sie müsste, wie alle anderen nicht mehr konformen Schilder, nach einer Übergangsfrist von 5 Jahren abgeschraubt werden. Umgekehrt erhalten die Kantone das Recht, ihre touristischen Ziele selber zu bestimmen. Konflikte wie früher, als sich das Astra einmal dagegen sträubte, das «Zugerland» als Tourismusregion anzuerkennen, soll es nicht mehr geben.

Ob dies ausreicht, um die Kantone für das Vorhaben zu gewinnen, ist offen. Sie können sich nun in einer Anhörung zum Projekt äussern, ebenso wie die wohl eher skeptischen Tourismusverbände.



Werbung für Schnaps und den Kältepol der Schweiz im Neuenburger Jura.

ANZEIGE

ICH HATTE MULTIPLE SKLEROSE.

Heute kann das noch niemand sagen. Multiple Sklerose ist zwar behandelbar, aber nicht heilbar. Dass sich dies eines Tages ändert: Darum forschen wir.

vips interpharmaph
Die Pharmaunternehmen der Schweiz.